

Für immer weniger eine Leidenschaft

In den kommenden vier Jahren erreicht über ein Drittel der Ärzte für Groß- und Nutztiere das Pensionsantrittsalter.

SCHWARZACH Der Job kann schon dreckig werden, körperlich anstrengend, heiß oder bitterkalt. Hinzu kommen lange Arbeitstage und teils unregelmäßige Arbeitszeiten inklusive langen Arbeitswegen. Tierarzt für Groß- bzw. Nutztiere zu sein, ist nicht unbedingt sozial kompatibel, sagt Robert Griss. Auch er betreut das Vieh von Landwirten auf abgelegenen Alpen. Gleichzeitig betreibt Griss eine Praxis für Pferde in Rankweil und ist Präsident der Vorarlberger Tierärztekammer.

25 Großtierärzte in 18 Praxen

Aktuell ist die tierärztliche Versorgung im Land noch gesichert. Diese droht für die Großtiere aber einzubrechen. „In Vorarlberg betreuen insgesamt 25 Tierärzte mit 18 Praxen den Nutztierbereich“, berichtet Griss. Sie werden von acht Assistentinnen und Assistenten unterstützt. Das Durchschnittsalter liegt bei knapp 55 Jahren.

„Neun Tierärzte erreichen in den nächsten zwei bis vier Jahren das Pensionsantrittsalter.“ Das ist mehr als ein Drittel. „Wir werden in bestimmten Regionen einen Totalausfall bei der Versorgung haben“, warnt Griss. Ballungszentren seien nicht davon betroffen, ebenso nicht der Bregenzerwald. Für abgelegene Betriebe in den Talschaften oder auf den Alpen sind die Perspektiven aber schlecht.

Die Suche nach Nachfolger oder Nachfolgerinnen sei im Gange. „Dafür braucht es aber jemanden, der kommen will. Es bewegt sich hier im Moment aber gar nichts.“ Gingen die besagten neun Tierärzte heute in Pension, wäre niemand da, der ihnen folgen würde. Im Land ist man sich des Problems bewusst. „Aufgrund des geringen Nachwuchses kann es längerfristig zu besonderen Herausforderungen in der tierärztlichen Versorgung im Großtierbereich kommen“, heißt es aus dem Büro des zuständigen Landesrats Christian Gantner. Grundsätzlich absolvieren jährlich ausreichend Tierärzte ihre Ausbildung, glaubt Kammerpräsident Griss. Das Betätigungsfeld nach dem Studium sei allerdings riesig, weshalb es schwierig sei, die Absolventinnen und Absolventen für den Nutztierbereich zu begeistern. Das sieht auch Landesrat Christian Gantner so. Bei den Eingangskriterien zum Studium sollten die möglichen Kandidatinnen und Kandidaten, die in Großtierpraxen arbeiten wollen, verstärkt berücksichtigt werden, lautet der Vorschlag. Ein Stipendium mit mehrjähriger Arbeitsverpflichtung im Nutztierbereich erscheine schwierig. Vielmehr brauche es weitere Maßnahmen, um die Ausübung des Berufes in der Großtierpraxis inte-



Im Nutztierbereich sind die Arbeitsbedingungen herausfordernder: Weite Wege, körperlich schwere Arbeiten, Hitze, Kälte, Zeitmangel gehören dazu. Der Nachwuchs fehlt.

DPA



„Es zeigt sich, dass junge Tierärzte am ehesten in einer Gemeinschaftspraxis tätig werden.“

Christian Gantner
Landesrat (ÖVP)

ressant und lukrativ zu gestalten. So fördere das Land die tierärztliche Notversorgung auch am Wochenende mit einer finanziellen Abgeltung für Bereitschaftsdienste. Griss hält auch das Kinderbetreuungsangebot in der Region für zentral. Die Bereitschaftsdienste am Wochenende sollten anders abgegolten werden, fordert er. „Die aktuelle Lösung ist halbherzig. Wer Bereitschaft hat, muss jeden Fall genau dokumentieren.“ Wer während der Bereitschaft nichts zu tun habe, bekomme nichts. „Deshalb sollte die Bereitschaft finanziell abgegolten werden“, hält Griss fest. Zudem müssten die Preise angehoben werden. „Wenn Fleisch und Milch so billig sind, verdient der Landwirt auch fast nichts. Wie soll er dann einen Tierarzt zahlen? Da beißt sich die Katze in den Schwanz.“ An den Arbeitsbedingungen selbst könne man nichts ändern. Für Visiten im Stall des Betriebes braucht es laut Griss für das Dienstauto gleich mehrere Reifensätze pro Jahr. „Auch Hitze, Kälte, Dreck und Stallgeruch gehören einfach dazu.“ Und Idealismus – anders geht es nicht. „Wer den Beruf macht, macht ihn aus Leidenschaft.“ **VN-EBI**

POLITIK IN KÜRZE

ÖVP legt nach

WIEN Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) hat in der ORF-„Pressestunde“ die Entscheidung seiner Partei zur Weiterführung der Koalition trotz Kritik und einer von ihr eingebrachten Strafanzeige gegen Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) verteidigt. Mit ihrer Zustimmung zum EU-Renaturierungsgesetz habe Gewessler einen Verfassungsbruch begangen. „Normalerweise würde es um eine Entlassung gehen“, meinte Sobotka. Man habe aber Chaos vermeiden wollen.

Die Strafanzeige gegen Gewessler begründete Sobotka mit der knapp bevorstehenden Nationalratswahl. „Wie reagieren Sie auf einen Verfassungsbruch?“ Die Vorgehensweise mit der Anzeige sei der Zeit geschuldet gewesen. „Wenn das früher passiert wäre, wäre es anders gewesen.“ Auf die Frage,



Wolfgang Sobotka ist scheidender Nationalratspräsident.

APA

ob es eine neue Koalition mit den Grünen nach der Wahl geben könne, verwies er auf die Aussagen von Kanzler Karl Nehammer (ÖVP). Am 29. September (Tag der Wahl, Anm.) würden die Karten bzw. die

Gewichte neu verteilt. Dann müsse man schauen, wo wieder Kompromisse möglich seien. Die Verhaltensweise Gewesslers schließe sie als Person aber aus.

Einwände

WIEN Auch der Oberste Gerichtshof meldet Einwände gegen den Entwurf zur Änderung der Strafprozessordnung an, in dem vor allem eine Neuregelung der Sicherstellung von Datenträgern wie Handys vorgesehen ist. So widerspreche etwa der Ausschluss der Staatsanwaltschaft von der Aufbereitung der sichergestellten Daten ihrer Leitungsfunktion als „Herrin des Ermittlungsverfahrens“. Ihr würden damit Zugriffs-, Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten entzogen. Außerdem widerspreche die Regel dem Recht der Staatsanwaltschaft, sich an allen Ermittlungen der Kriminalpolizei zu beteiligen.



Kommentar
Rainer Keckeis

Die Rechnung, Herr Ober!

Die letzten Jahre waren aufgrund multipler Krisen schwierig für die Menschen und undankbar für die politisch Verantwortlichen. Mit viel Steuergeld ist versucht worden, die Auswirkungen der Coronakrise und die darauffolgende hohe Inflation zu bekämpfen.

„Das Wehklagen über die deswegen so stark strapazierten Staatsfinanzen setzt jetzt verstärkt ein.“

Die Regierung hat viele Milliarden für die Unternehmen locker gemacht, um eine drohende Rezession abzufedern. Bei der Inflation hat sie gar nicht erst versucht, die Ursachen zu bekämpfen. Sie hat einfach viel Steuergeld in die Hand genommen, um mit Einmalzahlungen an die Haushalte die Auswirkungen der stark gestiegenen Preise etwas zu mildern. Und so wurde auch leichtfertig in Kauf genommen, dass es durch die höhere Inflation auch zu höheren Lohnabschlüssen kommt, was in der Folge die Wettbewerbsposition unserer Exportwirtschaft verschlechtert. Hätte die Regierung die Inflation ernsthaft bekämpft, wäre es gar nie zu dieser Situation gekommen, die weder die Gewerkschaften noch die Unternehmen gewollt haben.

Fast gleichzeitig, so quasi im Vorbeigehen, wurden im Parlament auch noch steuerliche Erleichterungen für Kapitalgesellschaften durchgesetzt. Als hätten diese es nötig und als könnten wir uns das alles einfach so leisten. Das Wehklagen über die deswegen so stark strapazierten Staatsfinanzen setzt jetzt verstärkt ein. Auch wenig überraschend:

Vorgetragen wird es von jenen bezahlten oder überzeugten Vertretern der Unternehmer, die zuvor sehr leise oder ausdrücklich dagegen waren, dass unser Staat wie die Schweizer gewisse Lebensmittelpreise regelt oder die Energiepreise nach spanischem Muster deckelt.

Die entscheidende Frage ist natürlich, wer kommt für die vielen Milliarden auf? Ginge es nach Neos oder anderen konservativen Vertretern, dann sollen selbstverständlich nicht jene zur Kasse gebeten werden, die durchaus in der Lage wären, einen höheren Beitrag zum Steueraufkommen zu leisten. Sie wollen zuerst einmal im Pensionssystem sparen. Jenes weltweit anerkannte und trotz demografischer Herausforderungen sehr stabile Pensionssystem, das über zwei Millionen Menschen im Alter einen vernünftigen Lebensstandard sichert. Was sie natürlich nicht dazu sagen: Ihre Vorstellungen würden in erster Linie die aktiven Beitragszahler, und das sind bekanntlich die Arbeitnehmer, benachteiligen. Also genau jene Gruppe, die sowieso schon am meisten zur Finanzierung ihrer Altersversorgung beiträgt.

Angesichts der finanziellen Schieflage des Staatshaushalts besteht erstmal die wirkliche Gefahr, dass unser Pensionssystem zum Opfer politischer Lobbyisten wird, denen es nie um das Wohl der Vielen, sondern immer nur um den Profit der Wenigen geht.



RAINER KECKEIS
rainer.keckeis@vn.at

Rainer Keckeis ist ehemaliger AK-Direktor Vorarlberg und früherer Feldkircher VP-Stadtrat.

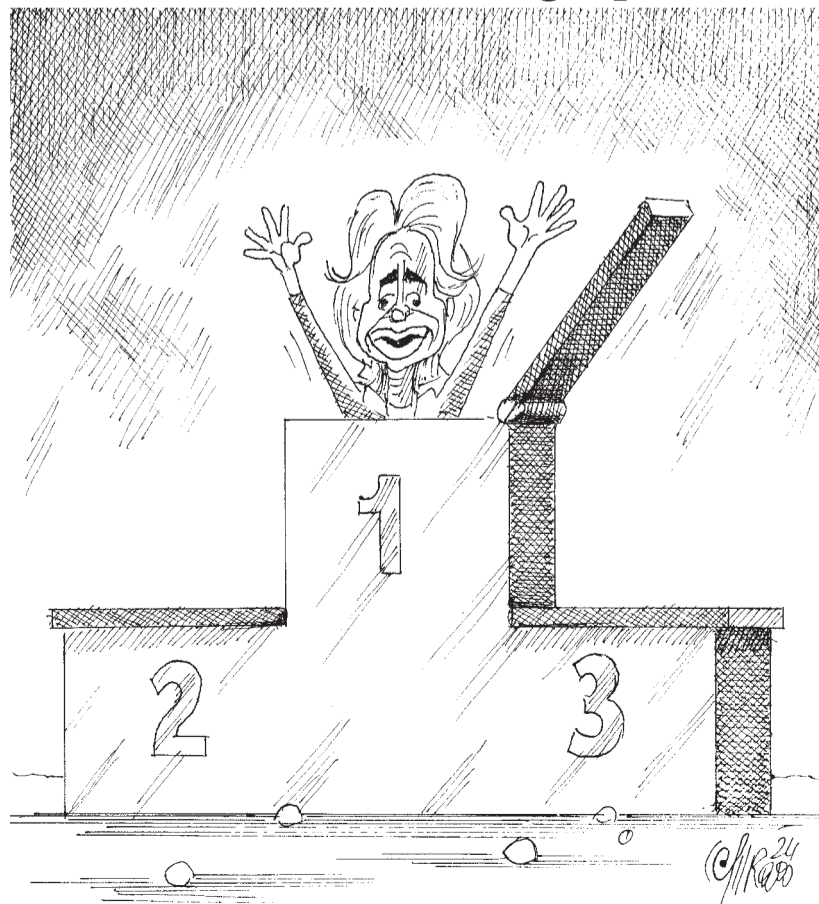


IHRE MEINUNG IST GEFRAGT!

Vorarlbergs meistgelesenes Diskussionsforum. leserbriefe@vn.at

KARIKATUR

EU-Chefin auf dem Siegespodest!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT